PMD 800018P7

14 30 /3386 ,SAPMO

befre 12.8. 1961

ERKLÄRUNG

der Regierungen der Warschauer-Vertrags-Staaten

Die Regierungen der Warschauer-Vertrage-Staaten streben seitem seit mehreren Jahren nach einer Friedensregelung mit Deutschland.

Sie gehen dabei davon aus, daß diese Frage längst spruchreif ist und keinen weiteren Aufschub duldet. Wie bekannt, hat die Regierung der UdSSR mit vollem Einverständnis und voller Unterstützung aller Staaten, die der Warschauer-Vertrags-Organisation angehören, in die Regierungen der Länder, die am Krieg gegen das hitlerfaschistische Deutschland teilnahmen, den Vorschlag gerichtet, mit den beiden deutschen Staaten einen Friedensvertrag abzuschließen und auf dieser Grundlage die Frage Westberlin indurch zu lösen, der Gerichten wird. Dieser Vorschlag berücksichtigt die reale Lage, die sich in der Nachkriegszeit in Deutschland und in Europa herausgebildet hat. Er ist nicht gegen als Interessen zen ingendjement gerichtet und hat nur den Zweck, die Überreste des zweiten Weltkriegs zu beseitigen und den Weltfrieden zu festigen.

Die Regierungen der Westmächte haben sich bisher nicht bereit gezeigt, diese Frage durch Verhandlungen aller interessierten Länder der inhellis zu entscheiden. Mehr noch: die Westmächte beantworten die von Friedensliebe getragenen Vorschläge der sozialistische Länder mit verstärkten Kriegsvorbereitungen, mit der Entfachung der Kriegshysterie und mit Androhung militärischer Gewalt. Offizielle Vertreter einer Anzahl von NATO-Ländern haben eine Verstärkung ihrer Streitkräfte und Pläne einer militärischen Teilmobilmachung bekanntgegeben. In einigen NATO-Ländern wurden sogar Pläne einer militärischen Invasion des Hoheitsgebietes der DDR veröffent licht.

Die aggressiven Kräfte machen sich das Fehlen eines Frieden vertrags zunutze, um die Militarisierung Westdeutschlands zu forcieren und in beschleunigtem Tempo die Bundeswehr aufzustellen, wobei sie diese mit den modernsten Waffen ausrüsten. Die westdeutschen Revanchisten fordern offen, aas ihnen Kern- und Rakete waffen zur Verfügung gestellt werden. Padurch, das die Regierung der Westmächte die Aufrüstung Westdeutschlands auf jede Weise begünstigen, verstosen sie gröblichst gegen die wichtigsten internationalen Abkommen, die die Ausrogung des deutschen Militarismus und die Verhütung seines Wiedererstenens in irgendeiner Form vorsehen.

Westberlin bemührt, sich um die Normalisierung der Lage i Westberlin bemührt, fahren die Westmächte fort, es in verstär bem Maße als Wählzentrale gegen die DDR und Aid andered Länder der sozialistischen Gemeinschaft zu mißbrauchen. Es gibt auf der Erde keinen Ort, wo so viele Spionage- und Wühlzentralen fremder Staaten konzentriert wären und wo sie sich so ungestraft betätigen könnten wie in Westberlin. Diese zahlreichen Wühlzentralen schleusen in die DDR Agenten ein, damit sie verschiedene Diversionen unternehmen, sie werben Spione an und putschen feindliche Elemente zur Organisation von Sabotageakten und Unruhen in der DDR auf.

Die herrschenden Kreise der Bundesrepublik und die Spionag organe der NATO-Länder benutzen die gegenwärtige. Verkehrslage an der Westberliner Grenze, um die Wirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik zu unterhöhlen. Durch Betrug, Korruption und Erpressung veranlassen Regierungsorgane und Rüstungskonzerne der Bundesrepublik einen gewissen labilen Teil der Einwohner der DDR, nach Westdeutschland zu gehen. Diese Betrogenen werden in

die Bundeswehr gepreßt, sie werden in großem Umfang für Spionageorgane verschiedener Länder angeworben, worauf sie als Spione
und Sabotageagenten wieder in die DER singeschleust werden. Für
derartige Diversionstätigkeit gegen die Deutsche Demokratische
Republik und die anderen sozialistischen Länder ist sogar ein
Sonderfonds gebildet worden. Der westdeutsche Kanzler Adenauer
hat unlängst die NATO-Regierungen aufgefordert, diesen Fonds zu
vergrößern.

Es ist charakteristisch, daß sich die von Westberlin ausgehende Wühltätigkeit in letzter Zeit verstärkt hat, und zwar gerade nachdem die Sowjetunion, die DER und die anderen sozialistischen Länder Vorschläge für eine unverzügliche Friedensregelung mit Deutschland gemacht haben. Diese Wühltätigkeit schädigt nicht nur die Deutsche Demokratische Republik, sondern berührt auch die Interessen der anderen Länder des sozialistischen Lagers. Angesichts der aggressiven Bestrebungen der reaktionären Kräfte der Bundesrepublik und ihrer NATO-Verbündeten können die Warschauer-Vertrags-Staaten nicht umhin, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um ihre Sicherheit und vor allem die Sicherheit der Deutschen Demokratischen Republik im Interesse des deutschen Volkes selbst zu gewährleisten.

Die Regierungen der Warschauer-Vertrags-Staaten wichten an die Volkskammer und an die Regierung der DDR, an alle Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik den Vorschlag, an der Westberliner Grenze eine Ordnung einzuführen, bei der der Wühltätigkeit gegen die Länder des sozialistischen Lagers zuverlässig der Weg verlegt wär und rings um das ganze Gebiet Westberlins, einschließlich seiner Grenze mit dem Demokratischen Berlin eine

seien Selbstverständlich dürfen diese Maßnahmen die bestehenden Bestimmungen für den Verkehr und die Kontrolle an den Kemmunika tienen zwischen Westberlin und Westdeutschland nicht berühren.

Die Regierungen der Warschauer-Vertrags-Staaten verstehen natürlich, daß die Ergreifung von Schutzmaßnahmen an der Grenze Westberlins für die Bevölkerung gewisse Unbequemlichkeiten schafft, aber angesichts der entstandenen Lage trifft die Schuld daran ausschließlich die Westmächte und vor allem die Bundesrepublik.

Wurde die Westberliner Grenze bisher offengehalten, so geschah dies in der Hoffnung, daß die Westmächte den guten Willen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik nicht mißbrauchen würden. Sie haben jedoch unter Mißachtung der Interessen des deutschen Volkes und der Berliner Bevölkerung die jetzige Ordnung an der westberliner Grenze zu ihren heimtückischen Wühlzwecken ausgenutzti Verstärkte Bewachung und Kontrolle an der Westberliner Grenze mat der jetzigen anomalen Lage ein Ende

Zugleich halten es die Regierungen der/Warschauer-Vertrags/ Länder für notwendig, zu betonen, daß die Notwendigkeit dieser Maßnahmen fortfällt, sobald die Friedensregelung mit Deutschland verwirklicht ist und die ihrer Lösung harrenden Fragen auf dieser Grundlage/gelöst sind.

Lie spoudveifen Fragen